

Bericht zum Fachgespräch:

Berufs- und Studienorientierung als Baustein des Übergangssystems

5. Mai 2014

Es diskutierten: Dr. Thomas Nix (SenBJW), Jörg Matern (Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.), Stefan Platzeck (Verband Berufsbildender Schulen), Christin Richter (Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin), Klaus Kohlmeyer (Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin) und Janosch Jassim (Landesschülersprecher)

Moderation: Stefanie Remlinger (MdA)

Der Übergang von der Schule in den Beruf bereitet vielen Jugendlichen in Berlin große Schwierigkeiten. Im Oktober 2013 waren in Berlin 11,3% der unter 25-Jährigen erwerbslos – im Bundesdurchschnitt sind es gerade einmal 5,4%. Zudem befinden sich noch zirka 15 000 Jugendliche bzw. junge Erwachsene in verschiedenen Maßnahmen der Berufsvorbereitung und sind somit ohne direkten Anschluss an das Ausbildungs- und Studiensystem. Auch wer einen Ausbildungsplatz erhalten hat, beendet die Ausbildung nicht zwangsläufig, die Ausbildungsabbruchquote beträgt in Berlin 39,9%. Doch diese jungen Menschen und deren Potentiale werden u.a. aufgrund des Fachkräftemangels dringend benötigt, weshalb das bisherige Übergangssystem verbessert werden muss. Ziel soll es sein, dass alle Berliner Jugendlichen möglichst gut unterstützt werden, um ihren persönlichen Weg in den Beruf zu finden.

Im Fokus der von Stefanie Remlinger moderierten Diskussion am 5. Mai 2014 im Abgeordnetenhaus von Berlin stand das vom Senat lange angekündigte Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung (BSO), welches derzeit gemeinsam von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBJW), der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (SenAIF) und der Regionaldirektion Berlin Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit (RD) erarbeitet wird.

Dazu berichtet der dafür zuständige Dr. Thomas Nix (SenBJW), dass durch das neue Konzept die bisher sehr unübersichtliche Struktur zur beruflichen Orientierung verbessert werden soll. Dazu sollen in den Schulen ein stärkerer Bezug zur Praxis geschaffen und besondere Lernformen gefördert werden, sodass insbesondere Jugendliche mit besonderem Bedarf bis zu drei Tagen in der Woche außerhalb der Schule lernen können. Daneben wurde bereits das

Schulfach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ eingeführt, welches noch durch einen Ergänzungskurs „Studium und Beruf“ erweitert werden soll. Diese Verbindung von Unterricht und praxisnahem Lernen wurde auch vom Landesschülersprecher Janosch Jassim begrüßt.

Des Weiteren soll die Begleitung bei der Berufsorientierung durch Berufsorientierungsbüros in den Schulen verbessert werden. Viele Jugendliche wissen während der Schule (noch) nicht, was zu ihnen passen könnte; viele Wahlmöglichkeiten sind ihnen aber auch einfach nicht bekannt. Die Interessen der SchülerInnen müssen in dem Entscheidungsprozess berücksichtigt werden. Für jede/n Jugendlichen und ihre/seine Bedürfnisse muss eine individuelle Lösung gefunden werden. Die Berufsorientierung ist ein Prozess, deshalb genügt die Übergabe eines großen Handbuchs oder ein einmaliger Besuch in einem Berufsinformationszentrum als alleinige Beratung nicht.

Als zweiter Baustein neben einem schulischen Berufsorientierungskonzept soll eine Jugendberufsagentur geschaffen werden, die den Jugendlichen eine niedrighschwellige, umfassende Beratung bietet. Derzeit ist es ein großes Problem, dass die Jugendlichen nach ihrer Pflichtschulzeit oft nicht erfasst werden, weshalb einige Jugendliche für eine bestimmte Zeit aus dem System „verschwinden“. Die Potentiale der Jugendlichen – insbesondere derer mit Migrationshintergrund – werden nicht ausgeschöpft. Dies könnte durch eine früher beginnende Begleitung der Jugendlichen, eine interkulturelle Ansprache, sowie attraktivere Praktika noch weiter verbessert werden.

Kritisch zu dem Konzept geäußert wurde, dass die berufsbildenden Schulen bei der Entwicklung dieses neuen Konzeptes nicht einbezogen wurden. Auch die Kooperation zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den beruflichen Schulen muss noch weiter verbessert werden. Ebenso wirkt das Weiterbildungsangebot für Lehrkräfte derzeit noch nicht ausreichend.

Des Weiteren müssen die Betriebe besser auf die Praktika vorbereitet werden. Es geht um klar strukturierte Praktika; die SchülerInnen sollen kleinere, echte Aufgaben erledigen, um Verantwortung zu übernehmen. Gerade im Bereich der praktischen Umsetzung scheint es derzeit noch einige Probleme zu geben. Es stellt sich zusätzlich die Frage, inwieweit die durchaus vorhandene Kompetenz der derzeitigen BerufsberaterInnen genutzt und wie sie in diesen Prozess dann eingebunden werden kann. In den letzten Jahren wurden viele Bildungs- und Berufsbegleitungsstellen gestrichen, was sich in der Praxis als nicht förderlich erwiesen hat. Insbesondere die freien Träger sorgen sich nun erneut um ihre finanzielle Zukunft.

Von den Vertretern der Wirtschaft wird die Erarbeitung dieses neuen Konzeptes sehr unterstützt. Sie hätten gerne Mindeststandards und das Wissen, was sie in Praktika von den Jugendlichen erwarten dürfen. Das Prinzip, dass die Schulen über nicht nur einen, sondern viele Unternehmenspartner verfügen, könnte eine Zusammenarbeit verbessern. Zudem sollen nicht nur die Sekundarschulen die Berufsorientierung fördern, denn auch an den Gymnasien sollte das Thema stärker in den Fokus gelangen.

Letztlich muss festgehalten werden, dass auch wenn dieses Konzept viele der diskutierten Kriterien erfüllt, es nicht alle Probleme lösen können wird. Insbesondere die frühkindliche Entwicklung, die sprachliche Förderung der Kinder oder ihre sonstigen Erfahrungen in der Schulzeit können nicht unbeachtet bleiben. Dennoch bietet das für integrierte Sekundarschulen zukünftig verpflichtende und für Gymnasien zunächst freiwillige Konzept viele neue Ansätze, um die derzeitige Situation in der Berufsorientierung zu verbessern und dem Ziel, dass kein Jugendlicher zurück bleibt, näher zu kommen.

Dazu muss es jetzt allerdings mit Engagement vorangetrieben werden. Schließlich sind noch viele Aspekte zu klären, etwa die Ausgestaltung der Schnittstelle zu Jugendberufsagentur, die fachliche Besetzung der geplanten Berufsorientierungsbüros oder auch die Frage, ob mit Mindeststandards tatsächlich qualitative Ansprüche an die Angebote gemeint sind.

Schuldig blieb die Bildungsverwaltung überdies eine pädagogische Einbettung des Orientierungsprozesses in die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen im Laufe ihrer Schullaufbahn. Dass eine solche Einordnung in dem vorliegenden Rohkonzept sowie in den Ausführungen des Vertreters der Senatsverwaltung für Bildung komplett fehlte, lässt befürchten, dass das Landeskonzert leider allzu sehr an der Oberfläche qualitativer Schulentwicklung entlang schrammen wird. Stefanie Remlinger versprach ihr Bestes zu tun, um hier noch für Nachbesserungen zu sorgen.